Stand: 15.10.2026 17:28:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7627

"Asylstopp im Unterallgäu - Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7627 vom 21.07.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8627 des VF vom 09.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026
5. Beschluss des Plenums 19/11526 vom 15.04.2026
6. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.07.2025 **Drucksache** 19/**7627**

Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Regierung von Schwaben anzuweisen, im Landkreis Unterallgäu keine weiteren Asylunterkünfte anzumieten und bestehende Notunterkünfte, insbesondere in Mindelheim und Bad Wörishofen, zeitnah zu kündigen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, eine sofortige Überprüfung aller bestehenden Mietverträge von Asylunterkünften hinsichtlich folgender Punkte durchzuführen:

1. Prüfung und Auflösung bestehender Mietverträge für ungenutzte Asylunterkünfte
2. Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten, bevor neue Objekte angemietet werden
3. kompletter Verzicht auf neue Unterkünfte in Babenhausen, Egg an der Günz und an weiteren Orten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 1. Dezember 2025 über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Die derzeitigen Asylzahlen im Freistaat rechtfertigen keine zusätzlichen Unterkünfte im Unterallgäu. In Mindelheim und Bad Wörishofen bestehen Notunterkünfte mit über 900 Plätzen, welche nur zur Hälfte belegt sind.

Die Asylzuwanderung ist seit 2024 deutlich zurückgegangen, wodurch ein Aufbau neuer Kapazitäten obsolet ist. Freie Plätze in bestehenden Unterkünften müssen vorrangig genutzt werden, um den Staatshaushalt zu schonen. Fehlbelegungen durch Asylbewerber, die keine Unterkunft finden, belasten die Kapazitäten zusätzlich. Die Kündigung ungenutzter Mietverträge und die Abstimmung mit der bayernweiten Datenbank sind notwendig, um eine bedarfsgerechte Planung zu gewährleisten. Eine Fortführung der Anmietung, etwa in Babenhausen oder Egg, widerspricht der aktuellen Bedarfslage und den Interessen der Steuerzahler.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 09.10.2025 **Drucksache** 19/**8627**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**7627**

Asylstopp im Unterallgäu - Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Alexander Hold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 9. Oktober 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Energie
   Europäischer Plan für erschwinglichen Wohnraum
   11.07.2025 - 17.10.2025
   Drs. 19/8410, 19/8810

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8810 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	ENTH

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Umwelt
Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft
01.08.2025 - 06.11.2025
Drs. 19/8424, 19/8813

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/8813 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Klimaschutzpolitik auf Kosten der Baubranche?
Anhörung zu den Auswirkungen der nationalen CO_2-Abgabe auf das bayerische Baugewerbe
Drs. 19/7208, 19/8642 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wasserhaushalt schonen – Musterzisternensatzung für Kommunen
Drs. 19/7359, 19/8714 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Trinkwasser für alle – Installation von barrierefreien Trinkwasserbrunnen und Refillstationen an allen staatlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr
Drs. 19/7360, 19/8715 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anforderungen an die Messung ultrafeiner Partikel durch die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie
Drs. 19/7381, 19/8716 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bäume statt Hitzeinseln: 100 000 grüne Klimaanlagen für Bayern
Drs. 19/7406, 19/8717 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit jedem Schritt besser – die AGFK Bayern macht Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger
Drs. 19/7461, 19/8643 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I: Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan
Drs. 19/7468, 19/8633 (A)

   Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen II: Mehr Zeit für Projekte einplanen und Finanzierung sichern
Drs. 19/7469, 19/8634 (A)

    Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen III: Lehrkräfte stärken – Nachhaltigkeit beginnt mit guter Ausbildung
Drs. 19/7470, 19/8635 (A)

    Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen IV: Global denken, lokal vernetzen – BNE braucht starke Strukturen
Drs. 19/7471, 19/8636 (A)

    Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen V: Mitbestimmen. Mitwirken. Mitverändern. – Demokratie als Lernziel der Zukunft fest verankern
Drs. 19/7472, 19/8637 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. AfD
Reallabore für Bayern: Freiräume für wirtschaftliches Wachstum und unternehmerische Innovation schaffen
Drs. 19/7521, 19/8648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier AfD
Mittelstandsfreundliches Bayern:
KMU-Bürokratie-Checks für alle neuen und bestehenden Gesetze
Drs. 19/7522, 19/8649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Prüfung der Wirtschaftlichkeit einer bayerischen Abschiebeflotte
Drs. 19/7523, 19/8624 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Erhöhung der Strafrahmen bei Sexualdelikten
Drs. 19/7562, 19/8625 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Von Japan lernen und Verantwortung übernehmen:
Schüler an Schulreinigung, Essensausgabe sowie Schulorganisation beteiligen und Kinderhausmeister einführen
Drs. 19/7582, 19/8638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fortschreibung des Bayerischen Aktionsplans Inklusion
Drs. 19/7614, 19/8622 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Erster Bürgerrat: Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten, Gräben schließen und für die Zukunft vorbereiten
Drs. 19/7616, 19/8645 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Aussitzen mehr: Empfehlungen der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter konsequent und zügig umsetzen!
Drs. 19/7619, 19/8626 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Antrag zur Bekämpfung der steigenden Gewaltdelinquenz junger Tatverdächtiger in Bayern
Drs. 19/7626, 19/8731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!
Drs. 19/7627, 19/8627 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vernichtungssperre für Akten im Zusammenhang mit Cum-Cum-Transaktionen
Drs. 19/7647, 19/8658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steueranreize für Cum-Cum-Geschäfte beseitigen
Drs. 19/7648, 19/8659 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Bargeld schützen – Seriennummern-Tracking gesetzlich begrenzen
Drs. 19/7656, 19/8732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u.a. und Fraktion (SPD)
Beschleunigung der Investitionen für den Ganztagsausbau in der Grundschule
Drs. 19/7657, 19/8760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen I: Stockwerkübergreifende Bohrungen ermöglichen
Drs. 19/7709, 19/8650 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen II: Qualifikation zum Privaten Sachverständigen der Wasserwirtschaft vereinfachen
Drs. 19/7710, 19/8651 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oberflächennahe Geothermie bayernweit voranbringen III: Fortbildung im Bereich der Wasserwirtschaftsämter
Drs. 19/7711, 19/8652 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade bei Stromspeicherausbau beenden – netzdienliche Stromspeicher zulassen
Drs. 19/7716, 19/8653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer u.a. SPD
Städte und Gemeinden als Keimzelle der Demokratie: zurück zur vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Freistaat und Kommunen
Drs. 19/7748, 19/8733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Rolle rückwärts bei Klima- und Energiepolitik: Tempo machen bei Erneuerbaren, Wärmewende und Infrastruktur statt Gaskraftwerks-Lobbyismus!
Drs. 19/7755, 19/8654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle I – Ausbau der kindlichen Sprachförderung
Drs. 19/7770, 19/8639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

35. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle II – Qualitätskriterien für guten Ganztag festlegen
Drs. 19/7771, 19/8640 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit für alle III –
Konzept für Unterstützungskräfte an Grund- und Mittelschulen
Drs. 19/7772, 19/8641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	ENTH	Z

37. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Evaluierung des praktischen Nutzens des Saatkrähen-Managements des Landesamtes für Umwelt (LfU) in Bayern
Drs. 19/7799, 19/8718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Kriminalität gegen Tiere und Beschleunigung von Verfahren bei Verstößen gegen das Tierschutzrecht
Drs. 19/7805, 19/8628 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erhöhung des Strafmaßes für Tierquälerei und konsequente Tierhaltungs- und Betreuungsverbote für Täterinnen und Täter
Drs. 19/7806, 19/8629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	A

40. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Situation der Schulbegleitung an Bayerns Schulen
Drs. 19/7815, 19/8623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

41. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Andreas Jurca u.a. und Fraktion (AfD)
Steuerbürokratie abbauen, Unternehmen sowie Finanzverwaltung entlasten – Grenzbetrag zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung anheben
Drs. 19/7836, 19/8660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Umweltdiktate nach Vorbild der USA beenden: Autoland statt Klimaphantasien!
Drs. 19/7904, 19/8655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

43. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Pflegeverträge für ausgemusterte Pferde der polizeilichen Pferdestaffeln
Drs. 19/8081, 19/8734 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Futter- und Pflegegeld bei den Hundestaffeln der Bayerischen Polizei erhöhen
Drs. 19/8083, 19/8735 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Oskar Atzinger, Markus Walbrunn u.a. und Fraktion (AfD)
Zunahme von Vandalismus gegenüber den beiden christlichen Kirchen in Bayern seit 2015
Drs. 19/8129, 19/8736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

46. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Vergrämungsmethoden bei Krähen zur Schadensminderung in der Landwirtschaft
Drs. 19/8151, 19/8719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

47. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Föderale Verantwortung in transnationalen Krisen: Bayerns Beitrag zur Weiterentwicklung der EMRK im Zeichen europäischer Migrationspolitik
Drs. 19/8169, 19/8630 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mein Körper, meine Entscheidung: körperliche Selbstbestimmung für Frauen in Bayern
Drs. 19/8179, 19/8646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

49. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Norbert Dünkel u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über eine mögliche Anpassung der Höhe des Futter- und Pflegegeldes für aktive und passive Diensthunde
Drs. 19/8431, 19/8737 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 14:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 70. Vollsitzung des Bayerischen Landtags, heute ein besonders blühender Landtag. Nachdem wir von den Gärtnereiverbänden wieder so reichlich beschenkt worden sind, macht das ausnahmsweise ein schönes Bild auch im Plenarsaal.

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, gebe ich noch bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 15, Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!" auf der Drucksache 19/7627 auf Wunsch der Initiatoren von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass unter den Tagesordnungspunkten 3 bis 6 vier Wahlen mit Namenskarte und Stimmzettel stattfinden. Ich bitte Sie, rechtzeitig die Stimmkartentasche zu holen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 15.04.2026 **Drucksache** 19/**11526**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**7627**, 19/**8627**

Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Tobias Reiß
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Christoph Maier
Abg. Petra Guttenberger
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Horst Arnold

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Asylstopp im Unterallgäu - Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge! (Drs. 19/7627)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Christoph Maier.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Friedrich Merz hat im Bundestagswahlkampf vergangenen Jahres großspurig angekündigt und den Wählern versprochen, die große Migrationswende herbeizuführen. Da stellte sich schnell die Frage: Wie ernst meint es ein Friedrich Merz, wenn er eine Aussage tätigt? Kann man ihm überhaupt Glauben schenken? Denn in Deutschland gibt es insbesondere eine stark ausgeprägte Migrationsindustrie, die ihre Pfründe verteidigen und weiterhin von der illegalen Zuwanderung profitieren möchte.

Ich habe am 11.04.2025 eine Schriftliche Anfrage gestellt, um beispielhaft die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Landkreis Unterallgäu zu verfolgen, und diesbezüglich eine Antwort im Juni 2025 erhalten. Es hat sich ein erschreckendes Bild gezeigt. Im Landkreis Unterallgäu bestand zum April 2025 eine Gesamtkapazität der Unterkünfte von 2.092 Personen. Das heißt also, noch vor der Regierungsübernahme eines Friedrich Merz im Mai 2025 bestand zum damaligen Zeitpunkt lediglich eine Auslastung von 49 %; 1.026 Personen.

Die Mär, ein Friedrich Merz hätte die große Migrationswende jetzt selbstständig eingeleitet, lässt sich anhand dieser Zahlen nicht belegen. Bereits vor seiner Regierungsübernahme bestand die Auslastung im Landkreis Unterallgäu und auch in vergleichba-

ren Landkreisen nur zu 49 %. Darunter war, meine sehr geehrten Damen und Herren, genau ein einziger anerkannter Asylbewerber – das muss man sich vorstellen –, und hier wird immer von der großen Asylkrise berichtet.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ein erschreckendes Bild war auch die Anzahl der Fehlbeleger mit 550 Personen. Die Hälfte waren also Fehlbeleger. Wenn man sich das einmal anschaut, dann stellt man fest, dass lediglich circa 25 % tatsächlich mit den für die Unterkünfte vorgesehenen Personen belegt waren.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Des Weiteren waren 35 Gemeinden von 52 Gemeinden betroffen. Das heißt, flächendeckend wurden bereits Asylbewerberunterkünfte über den gesamten Landkreis ausgerollt.

Zu den Kosten der Unterbringung durfte ich ebenfalls einiges erfahren; vieles aber auch nicht, weil die Staatsregierung genaue Zahlen bezüglich der einzelnen Unterkünfte nicht herausrückt. Im Gesamten wurden jedoch Kosten pro Monat von circa einer Million bzw. 930 Euro pro untergebrachten Flüchtling genannt.

So viel zum Inhalt der Antwort, mit dem sich ein erheblicher Handlungsbedarf herausgestellt hat. Entgegen allen Beteuerungen wurde zum damaligen Zeitpunkt im Unterallgäu eine Diskussion geführt, obwohl die Kapazitäten gerade nur zur Hälfte ausgelastet waren, neue Unterkünfte in Babenhausen und in Egg an der Günz zu errichten. Außerdem sollte – man höre genau hin – eine Containerunterkunft in Fellheim neu entstehen. Es regte sich zu Recht Widerstand in der Bevölkerung.

Eine Welle von Petitionen erreichte den Bayerischen Landtag und führte letztendlich dazu, dass die Politik in München auf das Thema aufmerksam wurde. Anfang Juni fand in Egg an der Günz eine Bürgerversammlung mit 200 Personen statt, ohne – das muss man sich vorstellen – dass ein Vertreter der CSU das mitbekommen hat; denn

ein Vertreter der CSU war nicht vor Ort. Da das Thema so stiefmütterlich behandelt wurde, hat sich dann schnell herausgestellt, dass die CSU das Thema nicht auf dem Schirm hatte.

Ein Antrag meiner Fraktion vom 21. Juli 2025, also nach der Veröffentlichung der Anfrage, forderte dann den Verzicht auf neue Asylunterkünfte und die Auflösung der bestehenden Mietverträge. Ganz konkret wurde die Regierung von Schwaben aufgefordert, diese Unterkünfte zu schließen und zu überprüfen, ob überhaupt weitere notwendig seien, und zwar insbesondere neue Unterkünfte in Babenhausen, in Egg an der Günz und an weiteren Orten.

Man kann es kaum glauben: Am 23.07.2025, also nur wenige Tage später, erfuhren wir aus einer Pressemitteilung: Es fand ein Runder Tisch statt, den der Fraktionsvorsitzende der CSU und der örtliche Abgeordnete einberufen hatten. An diesem Runden Tisch nahmen Vertreter der Kommunalpolitik teil. Auch Sie, Herr Pohl, waren anwesend. Sie können deshalb sicher als nächster Redner mehr dazu sagen, was da besprochen wurde.

Jedenfalls wurde nicht zunächst der Antrag der Oppositionsfraktion im Landtag behandelt, sondern es wurde sofort ein Runder Tisch einberufen mit dem Ziel, das Problem schnell zu besprechen und das Thema schnell abzuräumen. Es wurde auch beschlossen, dass keine weiteren Unterkünfte in Fellheim und in Babenhausen eröffnet und einige Unterkünfte geschlossen werden sollten. Das alles hat ein Runder Tisch festgestellt, bevor der Antrag tatsächlich im Verfassungsausschuss landete und dort mit den Stimmen der Regierungsfraktionen abgelehnt wurde.

(Zuruf: Nicht nur!)

Jetzt könnte man die Frage stellen: Braucht es diesen Antrag noch, wenn der Runde Tisch alles geregelt hat, obwohl er dafür gar nicht zuständig ist? – Ja, es braucht diesen Antrag noch; denn der Antrag enthält einen zweiten Teil, und zwar den Bericht über den Vollzug der entsprechenden Maßnahmen.

Wir haben die Staatsregierung also auch aufgefordert, dem Landtag bis zu einem bestimmten Datum – in diesem Fall war es der 1. Dezember 2025 – über die Umsetzung zu berichten. Dieser Bericht steht jetzt noch aus. Daher hat der Antrag nach wie vor seine Aktualität. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Petra Guttenberger. Bitte.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag soll die Regierung von Schwaben angewiesen werden, im Landkreis Unterallgäu keine weiteren Asylunterkünfte anzumieten und bestehende Notunterkünfte zeitnah zu kündigen sowie eine sofortige Überprüfung aller bestehenden Mietverträge von Asylunterkünften durchzuführen. Wir halten diesen Antrag für überflüssig und werden ihn daher ablehnen. Das sage ich gleich zu Beginn.

Warum werden wir ihn ablehnen? – Mit der neuen Bundesregierung wurde die seit Langem von Bayern geforderte Asylwende eingeleitet, und sie zeigt Wirkung. Der Zugang von Asylsuchenden nach Bayern hat sich im Jahr 2025 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum nicht ein bisschen abgesenkt, sondern er hat sich von 31.900 auf 13.850 Asylbewerber um mehr als 57 % gesenkt und damit mehr als halbiert.

Doch zur Wahrheit gehört auch, dass die Unterkünfte in Bayern trotz dieses deutlichen Rückgangs der Zahlen aktuell mit 87 % immer noch stark ausgelastet sind. Das ist aber nicht die Folge der jetzigen Entwicklung, sondern die Folge der außergewöhnlich hohen Zugänge in den vergangenen Jahren. Wir benötigen also weiterhin geeignete und bezahlbare Unterkünfte, wenngleich auch weniger als zuletzt.

Des Weiteren versuchen Sie mit Ihrem Antrag zu negieren, dass die Staatsregierung längst handelt. Es gibt eine Vielzahl neuer Leitlinien für die Akquise von Unterkünften

an den Regierungen und Kreisverwaltungsbehörden durch das StMI. Diese sehen insbesondere vor, dass einerseits keine zusätzlichen Kapazitäten mehr aufgebaut und andererseits unwirtschaftliche Unterkünfte und Notunterkünfte geschlossen werden sollen, und zwar nicht irgendwo, sondern auch im Landkreis Unterallgäu.

Entscheidend ist die Gesamtbilanz. Deshalb ist es auch erforderlich, hier Unterbringungskapazitäten zurückzufahren und Unterkünfte zu schließen. So weit, so gut; denn genau das passiert vor Ort und gerade auch im Unterallgäu, selbst wenn Sie etwas anderes behaupten.

Es gab zwei Runde Tische. Daran haben Vertreter der Regierung von Schwaben, des Landratsamts Unterallgäu, der von den Planungen betroffenen Gemeinden, örtliche Abgeordnete sowie Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern teilgenommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich das Ergebnis dieser gemeinsamen und sachorientierten Arbeit auch sehen lassen kann.

Im Landkreis Unterallgäu konnten nach dem zweiten Runden Tisch bereits im Herbst 2025 weitere fünf Unterkünfte in den vier Gemeinden Babenhausen, Bad Wörishofen, Pfaffenhausen und Mindelheim geschlossen werden. Darunter befanden sich auch zwei Notunterkünfte mit einer Kapazität von rund 1.000 Plätzen. Zuvor wurden bereits sechs Unterkünfte, nämlich in Babenhausen, Bad Grönenbach, Ettringen, Tussenhausen und Ungerhausen ebenso wie die Zeltunterkunft in Wolfertschwenden aufgelöst.

Die noch Anfang 2025 geplanten Objekte für Fellheim und erneut für Babenhausen wurden nicht weiterverfolgt. Nur zur Erläuterung: Wir haben jetzt April 2026.Damit ist klar, dass dieser – jetzt sage ich es einmal vorsichtig – Forderung, hier zu reagieren, längst Rechnung getragen wurde. Ihr Antrag ist kein Beitrag zur Problemlösung, sondern bestenfalls Symbolpolitik. Sie negieren einfach die Tatsachen. Sie negieren einfach die Dinge, die bereits geschehen sind. Das ist eigentlich sehr fadenscheinig. Was wollen Sie damit erreichen? Sie wollen den Eindruck erwecken, es werden neue

Unterkünfte gebaut. Sie wollen Angst schüren. Nur darum geht es Ihnen: Angst zu schüren und Misstrauen zu schüren. Ich sage Ihnen ehrlich: So etwas machen wir nicht mit. Der Antrag ist bestenfalls sachlich überholt, inhaltlich bestenfalls überflüssig, in jedem Fall politisch ganz und gar nicht hilfreich. Deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es folgt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Maier.

Christoph Maier (AfD): Frau Kollegin Guttenberger, geben Sie mir recht, dass der Antrag Auslöser für den Runden Tisch war? Der folgte ja kurze Zeit, nachdem der Antrag eingereicht wurde, und hat letztlich versucht, den Antrag vorwegzunehmen, bevor er überhaupt die Chance hatte, im Verfassungsausschuss beraten zu werden.

Ich muss zurückweisen: Wir negieren hier keine Entwicklung. Wir wollen die Entwicklung beobachten. Wir wollen sie dokumentieren. Wir hätten dazu gerne einen Bericht der Staatsregierung gehabt; das ist der zweite Teil unseres Antrags. Wir hätten gerne von der Staatsregierung gehört, inwieweit die Maßnahmen des Runden Tisches – – Dabei ist zweifelhaft, inwieweit Runde Tische überhaupt Entscheidungen diesbezüglich treffen können. Es steht ja in der Pressemitteilung, dass dort Entscheidungen getroffen wurden. Es wäre mir neu, dass das in unserer Demokratie Runde Tische machen. Uns hätte sehr wohl interessiert, wie sich die Entscheidungen ausgewirkt haben, was tatsächlich umgesetzt wurde. Das höre ich jetzt gerne von Ihnen hier im Hohen Haus, aber ich hätte es auch gerne von der Bayerischen Staatsregierung gehört.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich bin wie immer etwas enttäuscht, weil Sie mir offensichtlich nicht zugehört haben.

(Heiterkeit der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Bereits zu Beginn des Jahres 2025 wurde darauf verzichtet, weitere Objekte anzumieten. Bereits im Herbst 2025 – noch einmal: wir sind im April 2026 – wurden weitere fünf Unterkünfte in den Gemeinden Babenhausen, Bad Wörishofen, Pfaffenhausen und Mindelheim geschlossen. Bereits zuvor wurden auch Notunterkünfte geschlossen. Es wurden auch bereits andere Unterkünfte geschlossen, weil man gesehen hat, dass die Zahl zurückgeht. Wir reden von Schließungen im Jahr 2025. Ihr Antrag ist vom April 2026. Ich kann Ihre Argumentation wirklich beim besten Willen und bei gutmütigster Entgegenkommensstrategie nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Demirel. Bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD will, dass eine Region in Bayern, in einem Bundesland, ausgenommen werden soll, dass dort keine Asylbewerber untergebracht werden sollen. Schauen wir uns doch einmal das System an: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ein Verteilungssystem, das nennt sich Königsteiner Schlüssel. Das ist eine Verteilungsformel, die sich an Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft der Region orientiert. Das heißt, nach diesem Schlüssel wird auf 16 Bundesländer verteilt.

Dann gibt es innerhalb des Bundeslandes eine ähnliche Formel, die genauso eine faire Verteilung innerhalb des Bundeslandes haben will, was auch richtig ist. Warum soll Unterfranken mehr verantworten als die Oberpfalz oder als Oberbayern? Das würde ich auch nicht einsehen, wenn ich in Unterfranken leben würde. Dann würde ich mir denken: Spinnt ihr? Sind wir die Deppen hier? – Genau das will die AfD aber mit dem Antrag. Was ist dann im nächsten Plenum? Wie viele Stimmkreise vertreten Sie hier?

(Michael Hofmann (CSU): Gar keine, null!)

Kommt dann der nächste Antrag aus Ihrer Fraktion, auch diese Region soll aus dem Verteilungssystem ausgeschlossen werden? Das verkaufen Sie als Lösung, als Antwort auf ein Thema, das sehr kompliziert ist? Hören Sie auf; wir wissen doch, was hinter dem Antrag steht. So naiv sind wir doch gar nicht. Sie haben wieder einen Konflikt in einer Region in Bayern aufgespürt und bemühen sich, daraus einen politischen Mehrwert für sich zu erzielen. Die Inszenierung "Wir treten für eure Interessen ein" ist doch Schwachsinn. Das kaufen euch draußen mittlerweile auch die wenigsten Leute ab.

(Zuruf von der AfD)

Der Antrag versucht, ein faires System, das für die Bundesrepublik Deutschland gilt, das für das Bundesland Bayern gilt, zu kippen, um irgendwelche persönlichen Interessen in der Region durchzusetzen. Dass dieser Antrag aus dem Grunde ein ungerechter, ein benachteiligender und dem Thema nicht gerecht werdender Antrag ist, habe ich ausgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, jetzt ist es an der Zeit, dass wir die Fakten bemühen. Ich war nämlich an beiden Runden Tischen, die hier angesprochen wurden, selbstverständlich beteiligt. Die Situation, Kollege Maier, hat sich im Unterallgäu doch etwas anders dargestellt. Es war im Jahr 2025, und zwar im Frühjahr 2025, so, dass Handlungsbedarf bestand, weil zum Jahresende die Flüchtlingsunterkunft in Bad Wörishofen in der Gottlieb-Daimler-Straße mit 400 Personen geschlossen werden musste. Das war damals schon klar. Die Regierung von Schwaben hat daraufhin Landrat Alex Eder aufgefordert, Unterkünfte zu beschaffen. Es waren drei Unterkünfte konkret in der Diskussion: Babenhausen, Fellheim und Egg. Egg hat man mit 25 Personen gemacht.

Die anderen beiden konnten entfallen, weil sich die Flüchtlingszahlen – da hat die Kollegin Guttenberger recht – reduziert haben.

Wegen der Irritationen, die es aufgrund dessen natürlich vor Ort gegeben hat, haben wir zunächst einmal intensiv, und zwar lange vor dem Antrag und vor der Initiative der AfD, mit dem zuständigen Landrat gesprochen, der übrigens – das sollten Sie als Jurist wissen – als Vertreter des staatlichen Landratsamts an Recht und Gesetz gebunden ist und nicht einfach Bundesrecht negieren kann und darf. Daraufhin hat Kollege Klaus Holetschek tatsächlich Runde Tische organisiert, an denen die Regierung von Schwaben, nämlich die Regierungspräsidentin, wir beide, das Innenministerium und der Landrat teilgenommen haben. Auch Kollege Wachler war bei mindestens einem der beiden Runden Tische dabei.

Wir haben eine gute, eine verträgliche Lösung gefunden. Wir haben, und auch das sollte man wissen, im Unterallgäu keine Metropolstrukturen. Wir haben zwei größere Städte mit Mindelheim und Bad Wörishofen, 17.000 und 18.000 Einwohner. Die beiden schultern etwa die Hälfte der im Unterallgäu untergebrachten Flüchtlinge. Alle anderen sind auf 70 Standorte dezentral verteilt. Ich bin allen Akteuren vor Ort, auch der Bevölkerung, sehr dankbar, dass das Ganze gut und reibungslos läuft. In Pfaffenhausen allerdings war nie eine Flüchtlingsunterkunft. Es gab tatsächlich eine Planung für das gemeinsame Gewerbegebiet mit der Gemeinde Salgen, aber die wurde tatsächlich nie realisiert.

Wir sind sehr froh, dass wir momentan auf dieser Ebene, nämlich beim Zuzug von Flüchtlingen, Entspannung haben. Das kann man sicher der Politik der Bundesregierung zuschreiben. Man soll sie auch einmal loben, wenn sie etwas Gutes tut. Jetzt komme ich aber schon sehr kritisch auf Sie zu sprechen: Jetzt müssen wir einmal abwarten, wie sich die internationale Lage entwickelt. Es ist durchaus möglich, dass wir wieder mehr Flüchtlinge bekommen. Diejenige, die mit ihrer Politik tatsächlich hauptverantwortlich für den Zustrom von Flüchtlingen ist – nicht 2015, aber jedenfalls

jetzt –, ist die Fraktion, die hier rechts außen sitzt, respektive der Freund dieser Fraktion, Wladimir Putin.

(Zuruf bei der AfD)

Er führt einen verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deswegen sind über eine Million Ukrainer im Land. Der Freund des Freundes Assad hat Syrien verwüstet; deswegen haben wir nach wie vor viele Syrer hier im Land. Ob es tatsächlich klappt, 80 % der Syrer auf die Schnelle in ihr Heimatland zurückzuführen,

(Zuruf bei der AfD)

werden wir sehen. Deswegen würde ich der Fraktion rechts außen bei dieser Frage ein bisschen mehr Demut empfehlen, weil die eigentlichen Verursacher in Ihrem Lager und nicht in der Bundesregierung, schon gar nicht in der Landesregierung und erst recht nicht im Landratsamt Unterallgäu sitzen.Der zuständige Landrat Alex Eder hat wirklich Großartiges geleistet, er hat es versucht und auch hinbekommen, dass hier eine maximale Akzeptanz da ist, obwohl natürlich Ängste und Sorgen in der Bevölkerung bestanden haben. Wir haben es gemeinsam gut geregelt, gemeinsam gut hinbekommen. Da sage ich auch an die Kollegen Klaus Holetschek und Peter Wachler herzlichen Dank. Auch wir haben auf unserer Ebene das Unsere dazu beigetragen. Frau Kollegin Guttenberger, der Antrag ist nicht nur überflüssig, er ist auch falsch und damit abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. Herr Kollege Maier hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Pohl, meine Anfrage hat ja zutage gefördert, dass zum Stand April die Hälfte der Kapazitäten nicht ausgeschöpft war. Es waren nur 49 % tatsächlich ausgelastet.

Jetzt meine Frage an Sie als Haushaltspolitiker hier im Haus: Hatten Sie Kenntnis davon, dass die Auslastung zum damaligen Zeitpunkt so gering war? Was haben Sie konkret dagegen unternommen, dass die Flüchtlingsunterkünfte gekündigt werden? Denn die Anfrage hat auch ergeben, dass sich die durchschnittlichen monatlichen Kosten auf circa 950.000 Euro beliefen. Wenn man davon ausgeht, dass die Hälfte angefallen wäre, hätte man die Hälfte gekündigt, bei entsprechender Kapazitätsausschöpfung, hätte sich hier der Freistaat Bayern über 475.000 Euro pro Monat sparen können, und das über viele, viele Monate hinweg. Können Sie es als Haushaltspolitiker verantworten, dass das Steuergeld einfach so für die Asylindustrie verbrannt wird?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Maier, Sie haben nicht zugehört. Ich hatte Ihnen gesagt, dass Handlungsbedarf bestand, weil spätestens zum Jahresende die Unterkunft in der Gottlieb-Daimler-Straße in Bad Wörishofen geräumt werden musste. Diese Unterkunft in der Gottlieb-Daimler-Straße war tatsächlich problematisch. Sie wissen vielleicht, dass man Verträge, die man eingegangen ist, nicht so ohne Weiteres kündigen kann. Das ist nun einmal so. Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem sich auch die staatliche Ebene an Recht und Gesetz zu halten hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion. Bitte.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ein Antrag vom Juli 2025 beschäftigt das Hohe Haus mit Sachverhalten, die schon längst erledigt sind. Sie beklagen sich darüber, dass Sie da möglicherweise nicht einbezogen worden sind, und reklamieren für sich die Urheberschaft des Bewusstseins, dass es da Probleme gibt.

Sie haben mit Sicherheit viele Dinge, aber diese Art von Größenwahn, die Sie hier in dem Zusammenhang präsentieren, die sucht schon ihresgleichen. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass Ihre Anträge kausal für das Zusammenrufen von Runden

Tischen sind? Runde Tische haben etwas Positives, und zwar deswegen, weil sie integrativ sind. Sie fragen nicht nur nach Zuständigkeit, sondern nach Verständigung. Die Beteiligten werden ja nicht ihrer Pflicht enthoben, sondern sie werden bestärkt, kommunikativ tätig zu werden. Da kann die eine Seite ihr Anliegen, die andere Seite das andere Anliegen vorbringen. Aber irgendwann wird dann schon etwas daraus.

Ich war zwar bei keinem der Runden Tische zugegen, allerdings respektiere ich, dass Ergebnisse erzielt worden sind, die normalerweise diesen Antrag als wirklich überflüssig, weil erledigt, erscheinen lassen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite weigere ich mich noch mal zu akzeptieren, dass Sie behaupten, Ihr Antrag sei kausal dafür, dass ein Problem gelöst worden ist. Es ist eher das Gegenteil der Fall.

Ihrer Begründung ist nur ein guter Punkt zu entnehmen: Bereits im Juli 2025 attestieren Sie, dass die Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen massiv zurückgehen. Das steht ja im Gegensatz zu dem, was Sie sonst immer predigen, dass immer zu viele Leute da sind, immer mehr kommen. Das ist nicht nur eine Auswirkung der neuen Bundesregierung, sondern das ist ein Verfahren, das bereits unter der Ampel-Regierung eingeleitet worden ist, unabhängig davon, wer es gemacht hat. Aber die Angst, die in dem Zusammenhang von Ihnen damals verbreitet worden ist, ist durch vernünftiges Handeln aller Beteiligten, die in dem Zusammenhang auch Verantwortung haben, geregelt worden.

Jetzt sehe ich nicht, in welcher Art und Weise Sie einen Beschluss des Landtags benötigen, einen Bericht erstellen zu lassen. Sie haben doch als Abgeordneter auch die Möglichkeit, eine Anfrage an die Staatsregierung zu stellen. Auch aufgrund erfolgreicher Klagevorgehen meiner Landtagsfraktion wissen wir, dass diese Anfragen umfänglich und detailliert zu beantworten sind. Dann stellen Sie doch die Anfrage, was aus der ganzen Geschichte geworden ist, und belasten Sie uns nicht mit Sachen, die bereits über sieben Monate alt sind. Wir haben sicherlich um die Zeit etwas Besseres zu tun, und wenn es nur Fußballschauen ist.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.